

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/52. Jahrgang

Oktober 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Zusammen gegen die Schikanen der Miethaie

In den vergangenen Wochen haben die Schikanen des bereits einschlägig aufgefallenen Unternehmers K. Laumann gegen die Bewohner:innen der Goethestr. 72 massiv zugenommen. Doch nicht nur wir sind davon betroffen. Mit illegalen Einschüchterungsmethoden verdrängen Vermieter:innen aktuell immer mehr Menschen aus ihren Wohnungen, um mit enormen Mietsteigerungen neu vermieten zu können. Dies geschieht auch in der Goethestraße. Mit allen Mitteln will Laumann verhindern, dass neue Mieter:innen einziehen. Dazu engagierte er eine Security-Firma, um ihnen den Zutritt zum Haus zu verwehren. Er ließ die Personalien aller kontrollieren, die das Haus betreten wollten.



Unangekündigt begann Laumann nun mit den lautstarken Modernisierungsmaßnahmen. Durch eine Entrümpelungsfirma sind im Zuge dessen mehrere Gegenstände wie z. B. Fahrräder von uns Mieter:innen entsorgt worden. Schikanen, die für viele nicht mehr auszuhalten sind. Die Vorfälle in der Goethestraße sind jedoch keine Einzelfälle. Diese Entmietungsstrategie wird weiterhin erfolgreich sein, solange mit Mieten Profite gemacht werden.

Denn steigende Profite der Vermieter:innen zählen in diesem Staat mehr als ein Zuhause für alle. Der Kapitalismus schafft es nicht, uns vor Obdachlosigkeit zu schützen. Er schafft es nicht, uns ein angenehmes Wohnen zu ermöglichen, ohne Schimmel, ohne die permanente Angst rausgeschmissen zu werden. Stattdessen müssen wir teils 50% unserer Löhne als Miete

abdrücken. Dagegen müssen wir zusammenschließen und vernetzen, um solidarisch an der Seite unserer betroffenen Nachbar:innen zu stehen. So können wir eingreifen, wenn sie von steigenden Nebenkosten, Kündigungen oder überbeuerten Modernisierungsmaßnahmen bedroht sind, die langfristig auch unsere Mieten nach oben treiben.

Nur wenn wir unsere Rechte kennen und sie gemeinsam einfordern, können wir uns wehren.

Kommt zum Treffen von „Stadt für alle“ - schildert eure Situation und Erfahrung oder kämpft mit anderen Betroffenen. **Ein Angriff auf eine:n, ist ein Angriff auf uns alle!**

Eine Mieterin der Goethestr. 72 stadt fuer alle_giessen@web.de



Inhalt

Grüne Milliarden	S. 2
Aktionstag und Sommerfest	S. 3
Vierte Traumwelle / Roos in Rödgen	S. 4
Schwanenteich / Nach der Bundestagswahl	S. 5
DKP-queer / Kliniken: Sterbefälle durch Keime	S. 6
Kampf um die Welt / Afghanistan	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Kreuzworträtsel	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Grüne Milliarden - Warum der BDI die Grünen gar nicht so schlecht findet

Vor der Bundestagswahl hatte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Wahlprogramme von Union, SPD, Grünen und FDP in seinem „Wahl-Check“ verglichen. Die höchsten Übereinstimmungen mit seinen Vorstellungen fanden sich bei der Programmatik der FDP. Auch die Union bekam hinsichtlich der Interessenwahrung der Konzerne gute Noten. Im Gegensatz zur SPD erhielten auch die Grünen Lob. Insbesondere mit der Forderung nach „einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden und den Standort Deutschland zu stärken“ punkteten sie beim BDI.

Denn aus Sicht der Monopole gibt es gute Gründe für staatliche Investitionsprogramme in bestimmten Sektoren. Die Ursachen hierfür liegen in der Transformation der Industrie begründet. Digitalisierung, Dekarbonisierung und zunehmende Internationalisierung von Produktions- und Wertschöpfungsketten haben zu massiven Veränderungen in der Produktionsweise geführt. Alte Industrien verlieren an Bedeutung. Gleichzeitig entstehen in Form der Digitalkonzerne wie Google, Facebook oder Amazon neue Schlüsselindustrien. Daten werden zu einer immer bedeutenderen Ware und sind Schmiermittel

kapitalistischer Akkumulation.

Um dabei Schritt zu halten, richten sich die heimischen Konzerne von Daimler über Conti bis Bosch neu aus und werden selbst zu Digital-

entstehen neue Märkte, die Konkurrenz bei deren Neuauftellung nimmt zu.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen erklärt sich das Interesse der Kapitalverbände daran, dass der Staat seine Rolle als ideeller Gesamtkapitalist wahrnimmt und Investitionsprogramme auflegt. Eine gut ausgebaute Infrastruktur und finanzierte Grundlagenforschung wären Wettbewerbsvorteile gegenüber der US-amerikanischen und zumindest annähernde Konkurrenzfähigkeit gegenüber der chinesischen Wirtschaft.

So lässt sich auch die Aussage von Holger Lösch, stellv. Hauptgeschäftsführer des BDI bei der Vorstellung des „Wahl-Checks“ am 02.09. im ZDF verstehen: "Wir stehen wirklich vor einem riesigen Investitionsberg. (...) Da brauchen wir natürlich dann Unterstützung, da brauchen wir Hilfe, da brauchen wir auch Schutz vor anderen Ländern, die weniger Wettbewerb, weniger Ambitionen beim Klimaschutz haben." Dass die Erhöhung der Militärausgaben mit Fortsetzung der Kriegseinsätze ein weiterer nicht unerheblicher Teil der geforderten „Investitionsprogramme“ ist, wird bisher nur leise kommuniziert.

Ulf Immelt



konzernen. Investitionen fließen in die Entwicklungsabteilungen und den IT-Bereich, während in den Werkshallen gigantischer Arbeitsplatzabbau stattfindet. Der Umstieg auf Elektromobilität und Wasserstofftechnologien verstärkt diesen Trend. Mit diesen Entwicklungen



Kommentar

Nach der Wahl werden die Plakate zusammen mit den Wahlversprechen wieder weggeräumt, auch dort, wo es kaum Plakate gibt. Dann macht sich eine Allparteienkoalition darüber Gedanken wie viel Ungerechtigkeit dem Wahlvolk noch als gerecht verkauft werden kann.

Wolfgang Seibt

Nach Infoständen und Briefkastenaktionen feierten die Roten im Grünen

Die DKP in Hessen führte am 11.09. einen landesweiten Aktionstag in Gießen durch. Bereits am Vormittag verteilten 30 Genossinnen und Genossen von DKP und SDAJ an zwei Infoständen in verschiedenen Stadtteilen das Wahlprogramm und steckten Echos und ein Flyer mit der Vorstellung der hessischen Kandidatinnen und Kandidaten in Wohngebieten in Briefkästen. Die SDAJ war mit eigenem Material dabei und konnte gute Gespräche führen. Gern gedreht wurde am Glücksrad und es entwickelten sich spannende Diskussionen darüber, wo unsere Steuern landen und wo die Interessen der Herrschenden liegen.

Im Anschluss startete das wohlverdiente Sommerfest „Mit den Roten im Grünen feiern“. An die 70 Genossinnen und Genossen und Freundinnen und Freunde kamen – auch um sich an den Diskussions-



runden zu beteiligen. In der ersten stellte sich der DKP-Direktkandidat Henning Mächerle vor und antwortete mit Axel Koppey, unseren Bezirksvorsitzenden, auf die Fragen

„Warum DKP wählen, warum Kommunist werden?“ In einem zweiten Teil informierten und diskutierten Betroffene über das Thema „50 Jahre Berufsverbote“.

Anschließend beerdigten wir den Kapitalismus. Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG) führte ein Theaterstück auf, in dem Kapitalismus und Patriarchat die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Faschismus lobten. Nachdem die Revolution auf der "Trauerfeier" das Schlusswort gesprochen und das Zepter in die Hand genommen hatte, wurde gesungen und gefeiert, getrunken und gegessen.

Schließlich übernahm Liedermacher Woger die Bühne und spielte mit Gitarre und Klavier Lieder von Hannes Wader und eigene Stücke. Am späten Abend endete das Fest am Lagerfeuer und mit zwei Aufnahmeanträgen in die DKP. Besser geht es kaum.

Martina Lennartz

Siehe auch Film auf Youtube: <https://youtu.be/sHJT4ptOsZM>



Wir danken unseren Kandidat:innen und unseren Genoss:innen für diesen aktiven Wahlkampf! Ihr wart Klasse! Wir danken den Freund:innen der DKP, allen, die uns unterstützt haben!

danke!

So viele Gespräche, Unterschriften, Flyer, Infostände, Veranstaltungen, Podcasts, Plakate, Memes... Danke! für eure Arbeit, Kreativität, Kraft und Zeit.

Nach der Wahl heißt die Krise immer noch Kapitalismus. Dieser muss überwunden werden. Wir werden den Weg des Widerstandes weiter gehen und wollen das mit euch zusammen.

DKP

dkp.de

Die vierte Traumwelle

Der Gießener Magistrat mit dem abgewählten Bürgermeister Neidel (CDU), gleichzeitig Geschäftsführer der Gießener Marketing GmbH, ist immer für ein Event zu haben. Das bekommen die Gießener am Neuen Teich und an der Lahn jedes Jahr bei verschiedenen Festen zu spüren. Die neuste Idee: Eine „stehende Welle“ von elf Metern Breite am Wehr auf der Lahn. Kosten: zwischen 1 und 2 Millionen Euro. Welche weiteren Kosten durch Schädigung der Ufer entstehen, ist nicht absehbar.

Die Gießener Presse räumte dieser „Idee“ viel Platz ein. Sie hob hervor, dass der Urheber der Idee Professor an der Universität Innsbruck ist. Was sie aber verschwieg: Er ist gleichzeitig Geschäftsführer der „Dreamwave GmbH“ (Traumwelle GmbH) in Düsseldorf und hat massive finanzielle Interessen an diesem Projekt. Er hat den städtischen Auftrag für eine Machbarkeitsstudie erhalten.

M.B.

DAS VERMÄCHTNIß DES BÜRGERMEISTERS: DIE STEHENDE WELLE



AUF DER LAHN

Darf die „ROOS“ für immer blühen?



Die neue Koalition in Gießen beginnt zu wirken, was zunächst ältere Beschlüsse zu Baumaßnahmen betrifft. Der Be-

bauungsplan für das Brauhausgelände soll geändert werden und es gibt neue Vorgaben für den Investor, die sich vor allem auf Sozialwohnungen und den Klimaschutz beziehen. Bewegung gibt es auch bei den Plänen zur Bebauung des Gebietes „In der Roos“ in Rödgen. Hier hat der offene Brief einer Bürgerinitiative einige Stadtverordnete zum Nachdenken gebracht.

Die Roos ist eine große (ca. 0,6 Hektar) unbebaute Fläche mitten im Ort. Bei Investoren weckt eine solche Fläche Gelüste, sie sehen dort viele Euros winken. Bauämter helfen ihnen gern. Wer die Fläche nur auf einem Stadtplan sieht, kann sich vieles vorstellen: Brachfläche, Spiel- und



Bolzplatz, Parkplatz, einen Park oder Gemüsegärten. Die Roos ist aber nichts davon. Sie ist eine besonders artenreiche Wiese, entstanden durch jahrelange extensive landwirtschaftliche Nutzung. Neun Monate im Jahr findet man dort blühende Pflanzen, unzählige herumschwirrende und krabbelnde Insekten und ein reges Bodenleben. Ein besonderes Insektist der streng geschützte Schmetterling



namens *Ameisenbläuling*. Es handelt sich um eine Wiese wie aus dem Bilderbuch, die viel CO₂ speichert und bei Regen sehr viel Wasser versickern lässt, was wiederum die Kanalisation entlastet.

Eine solche Wiese für kubische Betongebäude, Zubringerstraßen und Schottergärten zu opfern, ist nicht mehr zeitgemäß. Wegen des seltenen Schmetterlings läuft zudem noch eine Klage vor dem

Verwaltungsgericht. Jetzt wurde im Bauausschuss beschlossen, alle vorbereitenden Arbeiten (Planieren der Wiese, Baustraßen) bis zur Gerichtsentscheidung zurückzustellen.

Weitergehen soll trotzdem das sogenannte Schmetterlings-Monitoring. Dabei fängt ein beauftragtes Unternehmen die Bläulinge ein, zählt sie und verbringt sie auf eine einige hundert Meter entfernte Fläche mit ähnlichem Bewuchs. Das hat sich allerdings als eine Art Sisyphusarbeit erwiesen. Da der Verbringungsort bereits mit Artgenossen belegt ist, fliegt ein Teil der Falter zurück zur Roos und bringt so den bezahlten Fängern neue Arbeit – eine unendliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Am besten sollte das Bauprojekt aufgegeben werden, auch wenn das die Investoren und das Bauamt ärgert. Es gibt in der Umgebung von Rödgen ökologisch weniger wertvolle Flächen, die als Baugebiet ausgewiesen werden könnten.

Gernot Linhart

Unterschreibe den Offenen Brief für ihren Erhalt auf [openpetition: die-roos-soll-fuer-immer-bluehen](https://openpetition.de/die-roos-soll-fuer-immer-bluehen)

Dank grüner Politik: Schwanenteich - den Bach hinab (Teil 1)

Seit über neun Jahren ist in Gießen bekannt, dass der romantische Uferweg zwischen dem Schwanenteich und der Wieseck porös geworden ist. Wasser fließt in kleineren Mengen aus dem Teich in die Wieseck.

Dies wollte die Landesgartenschau-Prinzessin und grüne Ex-Bürgermeisterin 2012 ausnutzen, um den Bürgern mit Panikmache und einem asiatischen Zierfisch namens Bitterling (ein Fisch) einen neuen Weg schmackhaft zu machen: Kettensägen-kahl wie ein Nordseedeich, mit Betonwinkel-Umrandung und für LKW-Verkehr verbreitert. Für echte Gießener/-innen ein Albtraum! Doch sie wehrten sich tapfer. Und dank der Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“, die ein Bürgerbegehren initiierte und eine Menschenkette um den Teich organisierte, mussten die Pläne in

die Tonne gekloppt werden.

Für die Landesgartenschau 2014 wurden die Seiten des Weges noch mit teurem Rollrasen abgedeckt. Danach überlies die Stadt den Weg seinem Schicksal. Neun Jahre lang geschah nichts – außer schädlichen LKW-Fahrten des Gartenamtes, um Sträucher abzusägen und zu entsorgen - und einer Begehung der porösen Stellen vor vier Jahren.

Wer dachte, die Grünen und das Gartenamt hätten ihre Niederlage verschmerzt, hat sich vertan. Knall auf Fall wurde der Weg für die Menschen gesperrt und theatralisch wurden Sandsäcke in den Bach geworfen. Für die Presse ein gefundenes Fressen, für den Teich eine sinnlose Aktivität, die das Wasser nicht aufhielt. Seit Monaten ist der Weg gesperrt, obwohl er für Begehungen durchaus stabil ist.

Lediglich der LKW-Verkehr der

Stadt müsste eingestellt werden. Wir fordern die sofortige Öffnung des Wegs für die Bürger unserer Stadt. Und die sofortige Ausbesserung des Weges – ohne Kettensägen!

M. Berger



Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.



Drei Wochen gratis.
Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Im Kapitalismus ändert sich trotz Wahlen nichts!

Welche Parteien die Regierung stellen werden, wird jedoch nichts an der Situation der Jugend in diesem Land ändern.

Die Vertreter des Kapitals werden weiterhin versuchen, die Auswirkungen der andauernden Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung abzuwälzen. Das katastrophale Krisenmanagement während der Pandemie hat die arbeitende und lernende Jugend hart getroffen. Zugunsten der Profitsicherung der Monopole haben wir bereits gut zwei Jahre Schulunterricht verpasst. Der Leistungsdruck, ebenso wie die Zahl der Schulabbrecher, ist laut Statistischem Bundesamt  gestiegen. Studierende haben ihre Nebenjobs verloren und kämpfen mit finanziellen Schwierigkeiten. Es sind deutlich mehr Studienabbrüche zu erwarten als gewöhnlich. 2021



wurdenwenigerAusbildungsverträge abgeschlossen als in den letzten 20 Jahren. Jeder vierte unter 18 Jahren lebt nach offiziellen Zahlen in Armut. Perspektivlosigkeit und damit verbundene psychische Probleme greifen um sich.

Das kapitalistische System hat für diese Probleme jedoch keine Lösungen zu bieten. Im Gegenteil: Die Herrschenden stellen sich schon jetzt sich auf kommende Proteste ein. Das Polizeigesetz aus NRW, das starke Einschränkungen auf das Recht auf Versammlungsfreiheit beinhaltet, gibt einen Vorgeschmack auf zu erwartende Maßnahmen der noch zu formierenden Regierung.

Nur eine Partei, die sich in erster Linie als Kampfpartei der Arbeiterklasse und nicht als stellvertretende Wahlpartei versteht, wird in der Lage sein, gemeinsam mit breiten Bündnissen der Bevölkerung, dem Spazwang des Kapitals die Stirn zu bieten.

Wir sagen: Reih dich ein und kämpfe mit uns gemeinsam für ein System jenseits von Profitlogik und Gewinnzwang! Reih dich ein in den Kampf für eine Welt orientiert am Gemeinwohl. Reih dich ein in den Kampf für den Sozialismus, mach mit bei der SDAJ oder der DKP!

Max SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

11. September

Am 11. September 2001, vor 20 Jahren, ereilten dem World-Trade-Center in New York Terroranschläge. Sie waren vermutlich durch al-Qaida-Terroristen geplant und durchgeführt worden. Daran wurde in diesem Jahr in den bürgerlichen Medien ausführlich erinnert.

Totgeschwiegen wurde dagegen, was am 11. Sept. 1973, also genau vor 47 Jahren in Chile geschah: Da putschte das faschistische Militär unter General Pinochet mit Unterstützung der CIA gegen die demokratisch gewählte Regierung der UNIDAD Popular des Sozialisten und Kinderarztes Salvador Allende.

Was folgte waren 17 Jahre Diktatur, 30.000 Ermordete und Gefolterte, Hunger, Arbeitslosigkeit und eine Million Vertriebene!

Uwe Moldenhauer M.A.

15 Jahre DKP-queer

Am einem Wochenende im August 2006 trafen sich in der zentralen Bildungsstätte der DKP, der Karl-Liebnecht-Schule in Leverkusen, neun Genoss*innen, um zu beraten, wie eine kommunistische Queerpolitik in Deutschland aussehen könnte

In den 15 Jahren, die seitdem vergangen sind, haben wir einiges erarbeitet, umgesetzt und auf den Weg gebracht. So haben wir die „Grundsätze und Forderungen der DKP gegen die Diskriminierung der Homosexualität“, das sogenannte „blaue Heft“ von 1987, auf einen aktuellen Stand der Forderungen gebracht, wie wir es damals beschlossen hatten.

In den vergangenen Jahren waren wir auch in der Öffentlichkeit zu sehen - sei es auf SDAJ-Pfingstcamps, den Festivals der Jugend, UZ-Pressfesten oder auf so manchen CSDs (Christopher Street Day – Pride Veranstaltungen) in ganz

Deutschland. Auf internationaler Ebene sind wir ebenfalls aktiv. Der Leiter unserer Kommission wurde z. B. 2015 von unseren finnischen Genoss*innen als Referent eingeladen. Auch wir haben von Schwesterparteien Referent*innen eingeladen. So etwa von der israelischen KP zum Thema „Pinkwashing Israel“. Wir bringen unregelmäßig das Magazin „red&queer“ heraus und im Internet findet man uns unter: www.dkp-queer.de 

Thomas Knecht



Kliniken: mehr Sterbefälle durch Keime

Wie wir im Juli-Echo berichteten, fuhr das Uniklinikum Gießen/Marburg wegen der Überlastung durch die Corona-Pandemie das MSRA-Screening (Untersuchung auf multi-resistente Keime) zurück. Jetzt wurde bekannt, dass das sogar ein bundesweites Problem ist. Nach Schätzungen sind seit Beginn der Pandemie etwa 1.400 Patienten zusätzlich an Keimen, die resistent gegen Antibiotika sind, gestorben.

Im Fallpauschalensystem gibt es kein zusätzliches Geld für Hygienemaßnahmen auf dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Möglicherweise haben die profitorientierten Krankenhäuser kein Interesse an besserer Hygiene. Eine Infektion mit diesen Keimen führt zu einer neuen Diagnose – und dafür gibt es wieder eine Fallpauschale. Der an möglichst hohen Gewinnen orientierte Klinikbetrieb (Gesundheitswesen kann man das nicht mehr nennen) ist selber krank und sollte baldmöglichst durch ein an Gesundheit für alle orientiertes und dem Gemeinwohl verpflichtetes System abgelöst werden.

G.Linhart



**UZ - sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
**Das 6-Wochen-Probe-Abo
zum Kennenlernen!**



Die Print- und Online-
Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Der Kampf um die Welt – EU und USA im Dauerkonflikt

Als Großbritannien 2020 aus der EU austrat, war der Ärger hauptsächlich in Berlin groß.

Dem Publikum wurde vor allem erzählt, dass es um Handelsprobleme gehe, die Großbritannien nun haben werde und eine der größten Schwierigkeiten sei die Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland.

Wenn der Brexit wirklich nur für Großbritannien, aber nicht für die Rest-EU ein großes Problem ist, warum dann die Wut über den Schritt der Briten? Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man sich klar macht, dass die EU vor allem ein Vehikel Deutschlands, aber auch Frankreichs ist, ihre weltpolitischen Ambitionen durchzusetzen. Mit Großbritannien verliert die EU den größten Teil ihrer Flotte und damit eine wichtige

Möglichkeit, weltweit militärisch zu intervenieren. Allen beteiligten imperialistischen Mächten ist klar, dass sich der weltpolitische, aber auch ökonomische Schwerpunkt der Welt in den indopazifischen Raum (China) verlegt. Die beiden imperialistischen Blöcke EU und USA werden dabei immer mehr zu Konkurrenten. Erst der von den USA unterstützte Brexit, nun der AUKUS-Pakt (Militärbündnis Australien, UK und USA) und das vereitelte Milliarden Euro U-Boot-Geschäft mit Australien. Den öffentlichen Startpunkt markierte 2019 Macrons Rede zur NATO, in der er ihr den „Hirntod“ attestierte. Da die NATO von den USA dominiert wird, war das ein direkter Angriff auf die US-Vorherrschaft. Zu der Aktion Macrons gab es aus Berlin Beifall.

Frankreich schmiedete seit

2016 ein Bündnis mit Indien und Australien. Der vorläufige Höhepunkt war das U-Boot-Geschäft mit Australien. Für Paris schien alles in Butter, während wohl schon seit 18 Monaten Geheimverhandlungen zwischen Großbritannien, Australien und den USA liefen. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass die Bindung Australiens an die USA schon sehr alt ist. Seit 1946 gibt es ein Bündnis („Five Eyes“) zwischen den USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada. Diese Staaten arbeiten nicht nur politisch eng zusammen, sondern betreiben das weltweite Spionagenetz „Echelon“. Deutschland und Frankreich müssen nun eine neue imperialistische Strategie entwickeln und die Spannung mit den USA wird weiter ansteigen.

Henning Mächerle

Afghanistan - zweites Vietnam

Die USA erleben mit der Niederlage in Afghanistan gerade ihr "zweites Vietnam". Es geht nur noch darum, die Kollaborateure im Eiltempo außer Landes zu bringen.

Wie einfach war die Welterklärung für die westliche Politik, als sowjetische Soldaten am Hindukusch standen. Ich erinnere mich noch, als mein damaliger Arbeitsplatz im Klinikum jeden Morgen mit Propagandazettelchen gepflastert war: „Russen raus aus Afghanistan!“ Dabei regierte dort zu dieser Zeit Mohammed Nadschibullah, der versuchte, ein modernes Land mit Schulen und Frauenrechten aufzubauen. Zugleich nahm er Mudschaheddin in seine Regierung auf, um eine nationale Einigung herbeizuführen. Dieser Versuch, Afghanistan in eine neue Zeit zu führen, ging vielen oppositionellen Kräften im Lande zu weit und er scheiterte. Nadschibullah wurde in Kabul gehängt. Die Chance

war von der CIA im Zusammenspiel mit vom Westen hochgerüsteten Organisationen des islamischen Terrors zerstört worden.

Die CIA exportierte diesen Terror nach Syrien, Libyen, Irak und Bosnien-Herzegowina. Die USA begannen den

Einsatz der Bundeswehr äußerten, wurden rüde zurechtgewiesen. Als die EKD-Ratsvorsitzende Bischöfin Käßmann 2010 in ihrer Weihnachtspredigt sagte, der Afghanistankrieg sei „nicht zu rechtfertigen und möglichst bald sollten alle deutschen Soldaten

aus Afghanistan abgezogen werden“, erhob sich von allen auch so christlichen Politikern ein Sturm der Entrüstung. „Unverantwortlich“ fand der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), Käßmanns Äußerung. Kriegsminister Guttenberg (CSU) erklärte die im Krieg getöteten Soldaten zu „Helden“.

Von alledem wollen unsere Politiker heute nichts mehr wissen. Aber auf ein Ziel des Afghanistankrieges werden die USA und ihre Verbündeten sicher nicht aufgeben: Russland und China geostrategisch zu kontrollieren.

Klaus Mewes



blutigen Krieg in Afghanistan, der ein Leichen- und Trümmerfeld hinterließ. Der deutsche Minister Peter Struck (SPD) brachte es fertig zu verkünden, Deutschland werde nun auch am Hindukusch verteidigt.

Alle, die leise Zweifel am Kriegs-

Termine

09.10.2021 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen, Kreuzplatz / Kugelbrunnen

09.10.2021 um 11 Uhr:

Fahrraddemo im Lahntal: "Mehr Platz für Fuß und Fahrrad - weniger Platz für Autos!" von GI und MR nach Fronhausen

Start in Gießen: Berliner Platz
mehr Infos:

www.projektwerkstatt.de 

16.10.2021 um 15 Uhr:



Revolution in Gießen: Bücher-Stadtführung Ecke Brandplatz/ Kanzleiberg

www.giessen-entdecken.de 

30.10.2021 von 9:30 - 17 Uhr:

Seminar "Gute Artikel für kommunistische Kleinzeitungen" - Anmeldung: giessen@dkp.de

03.11.2021 um 18 Uhr:

Bildungsabend - Büro der Linken, Marktplatz 2

Redaktionsschluss für das November-Echo: Mi., 27. Oktober

Gießener Echo

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Druck: Gründrucken Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Leserbrief, Anfragen an:

Gießener Echo,

Postfach 110340, 35348 Gießen,

E-Mail: giessen@dkp.de

Im Internet: www.giessen.dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir von einer erfolgreichen Demonstration mit 1.500 Teilnehmern gegen einen Auftritt der NPD in Gießen. Nacheinem Parteitag in der verbarrikierten Kongresshalle wollten die Neonazis eine Kundgebung abhalten. Stattdessen mussten sie sich durch Hinterausgänge der Halle absetzen.

Vor **40 Jahren** rüstete die US-Armee ihre Truppen in Europa mit Neutronenbomben aus. Diese Bomben haben zwar eine geringere Sprengkraft als herkömmliche Atombomben, töten dafür aber mit intensiver Neutronenstrahlung alles Leben in einem Umkreis von etwa 2 km. In Kombination mit neuen Mittelstreckenraketen riefen sie eine breite Protestbewegung hervor.

Vor **30 Jahren** war eine Verschärfung des Asylrechts aktuell. Ausländerfeindliche Pogrome im Gebiet der ein Jahr zuvor angeschlossenen DDR waren den Herrschenden in der

BRD willkommener Anlass, dieses Grundrecht weiter einzuschränken. In Gießen bildete sich deswegen ein Aktionskreis gegen Abschiebungen.

Vor **20 Jahren** reagierten wir auf die Anschläge vom 11.09.2001 in den USA. Es zeichnete sich ab, dass die USA mit Krieg darauf reagieren und die NATO-Staaten mitmachen. Mehr als 70.000 Menschen demonstrierten in Deutschland dagegen. Trotzdem begann der Krieg, der jetzt mit einer Niederlage der NATO endete.

Vor **10 Jahren** wäre noch Zeit gewesen, die Vorbereitungen zur Landesgartenschau von 2014 abzubrechen. Die Schau wurde trotz vieler Proteste durchgezogen. Folgen waren Naturzerstörung, hohe Kosten und das Ausbleiben von Investitionen an anderen Stellen, z. B. an Schulen und der immer noch maroden Adenauer-Brücke.

Gernot Linhart



RÄTSEL

1. Im Wahlkampf verzichtete die DKP-Gießen auf lustige Katzenvideos, wir haben aber ... eingesetzt.
2. Wir sind die stärkste der Partei'n. Aber wo wurde eine Kommunistische Partei gerade auch zahlenmäßig stärkste Kraft?
3. Erfolgreicher Kanzlerkandidat, der für Cum-Ex-Verwicklungen und Brechmittelzwangsverabreichung bekannt wurde.
4. Die meisten anderen Parteien sehen Sie erst zu den nächsten Wahlen wieder, die DKP treffen Sie auch weiterhin regelmäßig an ihren ...
5. Wer DKP wählte, wählte den Weg des ...
6. Den möchten wir nämlich gemeinsam auf die ... tragen.
7. Parteienbündnis mit dem größten Stimmenverlust bei der Bundestagswahl
8. Das Gießener Wahllokal des Rätselerstellers war (wieder einmal) nur durch einen unzureichend ausgewiesenen Eingang in einer Hintergasse zu erreichen. Die Wahl wurde folgender Gruppe dadurch stark erschwert:
9. Dürfen offenbar (siehe September-Echo) keinen Spaß haben
10. Mittel des Arbeitskampfes

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---